

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 31. Sitzung des Jugendhilfeausschusses**

vom:	<b>22.01.2003</b>
von:	<b>16:00 Uhr</b>
bis:	<b>18:05 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal</b>

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Jugendhilfeausschuss:

Stv Schmidt, André - als Vorsitzender -  
Stv Eberlein, Klaus-Peter  
Stv Katz, Reinhilde  
AM Klein, Marc  
Stv Klöpperpieper, Rolf  
AM Leonhardt, Traugott - ab 17.10 Uhr, während TOP 5 öT -  
AM Otterbach, Christoph  
Stv Rujanski, Detlef  
Stv Sintzen, Gerlinde

##### II. Von den Wohlfahrtsverbänden:

AM Klein, Anneliese  
AM Löwenberg, Horst  
AM Max, Christian

##### III. Von den Jugendverbänden:

AM Berger, Joachim  
Stv Lauble, Wilhelm  
AM Westerholt, Günter

##### IV. Beratende Mitglieder:

StR Dr. Rohr  
Städt. VD Fischer  
Stv Al-Omary, Falk

AM Aydin, Veli - für AM Koyuncu, Ebubekir -  
Stv Groß, Michael  
AM Holdinghausen, Rolf - bis 17.50 Uhr, Ende TOP 1 nöt -  
AM Schollmeyer, Wolfgang - für AM Gürke, Volker -  
Stv Tielsch, Ingrid Karin

V. Als Zuhörer:

AM Greven, Michael  
AM Memarian, Annemarie  
AM Stephany, Torsten

VI. Von der Verwaltung:

Städt. VR Reisch  
VA Juchems-Voets  
Dipl.-Ing. Krieger  
VA Friesenhagen  
Stl z. A. Witt - als Schriftführerin -

Zur Tagesordnung:

Zu TOP 5 und 5.3 des öffentlichen Teiles liegt jeweils eine schriftlich formulierte Anfrage der CDU-Fraktion vor. TOP 5.2 des öffentlichen Teiles wird aufgrund von Firmenbenennungen unter TOP 2 des nichtöffentlichen Teiles behandelt.

## **A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

### **1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (nach Alphabet Herr Rujanski)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Rujanski bestimmt.

**31. JHA 22.01.2003**

### **2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.12.2002**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**31. JHA 22.01.2003**

**3. Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

31. JHA 22.01.2003

**4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

31. JHA 22.01.2003

**5. Beratung des Verwaltungsentwurfes von Haushaltssatzung /  
Haushaltsplan 2003 einschließlich des Investitionsprogramms 2002 -  
2006**

dazu: Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.01.2003

Herr Reisch geht auf die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein, vor deren Hintergrund die Haushaltsplangestaltung 2003 zu sehen ist. Die vorrangigen Ziele des Haushaltsausgleiches und der Vermeidung einer Nettoneuverschuldung konnten im vorliegenden Entwurf bedauerlicherweise nicht erreicht werden.

Der *Verwaltungshaushalt* weist einen originären Fehlbedarf (strukturelles Defizit) i. H. v. 12,7 Mio. € aus. Inklusive der Abdeckung des Fehlbetrages aus 2001 ergibt sich ein Gesamtfehlbedarf i. H. v. 37,4 Mio. €. Zu bedenken ist, dass auf der Einnahmeseite in 2003 eine Zuführung vom Vermögenshaushalt aus der Verwertung von RWE-Aktien i. H. v. 8 Mio. € einkalkuliert ist, durch die der originäre Fehlbedarf 2003 in dem genannten Rahmen gehalten werden kann. Da die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr sogar um 0,25 % gesenkt werden konnten, sind die Hauptgründe für den nicht ausgeglichenen Haushalt 2003 auf der Einnahmeseite zu suchen. Insbesondere die schlechte Entwicklung im Bereich der immer unsicherer zu prognostizierenden Gewerbesteuer, aber auch die Negativtendenz bei den Schlüsselzuweisungen, sind für die Situation verantwortlich. Weitere verschlechternde Korrekturen von Einnahmeerwartungen sind im Änderungsdienst auf Grundlage der Ergebnisse des „Arbeitskreises Steuerschätzung“ von Mitte November 2002 vorzunehmen.

Im *Vermögenshaushalt* belaufen sich die Gesamteinnahmen und die Gesamtausgaben auf 47,8 Mio. €. Das Investitionsvolumen beträgt ca. 20,9 Mio. €, durch die im Rahmen des Jahresabschlusses 2002 zu erstellende Änderungsliste (z. B. Neuveranschlagung Busdispositionssystem und Busbereitstellungsplatz) ist jedoch eine Erhöhung absehbar. Der derzeitige Entwurf sieht eine Kreditaufnahme von rd.

4,3 Mio. € vor. Tilgungsleistungen sind mit rd. 100 T€ niedriger kalkuliert, so dass in dieser Höhe eine Netto-Neuverschuldung ausgewiesen werden muss. Eine solche kann in Folgejahren eventuell nur durch Verschieben oder durch Verzicht auf Investitionen vermieden werden.

Der Schuldenstand beläuft sich auf nahezu unverändert 104 Mio. €. Kassenkredite müssen auch in 2003 in großem Umfang aufgenommen werden, die Haushaltssatzung ermächtigt zu einer maximalen Aufnahme i. H. v. 100 Mio. €. Das Haushaltssicherungskonzept sieht nach erneuter Überarbeitung einen originär ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2007 und einen gänzlich ausgeglichenen Haushalt in 2013 vor. Diese Angaben sind mit erheblichen Risiken belastet. Insbesondere ist weiterhin in erheblichem Maße städtisches Vermögen zu veräußern.

Der Jugendhilfeausschuss berät die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätze.

Zu folgenden Positionen werden Anmerkungen, Hinweise und Bitten vorgebracht:

### **ALLGEMEINE ANMERKUNGEN**

Herr Fischer nimmt Stellung zu der vorliegenden Anfrage der CDU-Fraktion und führt aus, dass auf die Stadt Siegen voraussichtlich keine direkten Kürzungen von Landeszuschüssen zukommen werden. Nach neuesten Erkenntnissen könnte es passieren, dass die Zuschüsse des Landschaftsverbandes im UA 460 von den globalen Kürzungen betroffen werden.

Herr Rujanski erklärt für seine Fraktion, dass vor dem Hintergrund des Defizits die SPD davon ausgeht, dass mit einer Haushaltsgenehmigung kaum zu rechnen sein wird. Bei der zugespitzten Haushaltssituation ist seine Fraktion bereit, notwendige Einsparungen, beispielsweise über die Streichliste, zu beraten.

Herr Löwenberg weist im Namen der Wohlfahrtsverbände darauf hin, dass die freiwilligen Leistungen im Bereich der Vereine und Verbände überproportional von den Kürzungen betroffen sind. Diese Zuschüsse dienen der Aufrechterhaltung der Angebote der einzelnen Vereine. Da bereits Kürzungen von Landesmitteln durchgesetzt worden sind, steht in Zukunft die Existenz einiger Vereine auf dem Spiel.

Weiterhin werden durch diese Kürzungen die ehrenamtlichen Tätigkeiten stark beeinträchtigt.

Bei Betrachtung der Zahlen ist festzustellen, dass die Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände in den letzten 10 Jahren um 25 T€ gesunken sind.

Mit der Streichliste wird eine falsche Linie gefahren, so Herr Groß. Die Bereiche Jugend, Sport, Soziales und Kultur werden stark durch die Kürzungen beansprucht, wohingegen in anderen, weitaus mehr belastenden Bereichen nicht gespart wird. Seiner Ansicht nach sollte auch bei Großprojekten gespart werden, die nicht immer im Interesse der Bürger sind. Die Investition in die Kinder- und Jugendarbeit bringt sehr viele Vorteile für die Zukunft.

Daher beantragt er, den Innovationstopf für die Jugend auf 10 T€ festzusetzen.

Frau Sintzen kann sich ihren Vorrednern nur anschließen. Die Liste ist gerade im Hinblick auf die Förderung der Ehrenämter das falsche Signal. Daher wird auch die CDU-Fraktion diese Streichliste ablehnen.

Frau Tielsch kann lediglich zwei Positionen, die allerdings nicht den Jugendbereich betreffen, der Liste akzeptieren. Sie wünscht sich eine parteiübergreifende Beratung.

Herr Al-Omary sieht die Ursache der katastrophalen kommunalen Finanzkrise bei Bund und Land, die erhebliche Kosten auf die Kommunen abwälzen. Die vor kurzem beschlossene Tarifierhöhung sorgt für weitere Mehrkosten. Er stimmt Herrn Groß zu, dass einige der Großprojekte überdenkenswert sind. Der Jugend- und Sozialbereich kann nicht gänzlich von den Kürzungen ausgespart bleiben, aber dieses Missverhältnis zu anderen Bereichen ist nicht tragbar. Dennoch wird die FDP-Fraktion einem Teil der Positionen zustimmen können.

**Beschluss (auf Antrag von Herrn Groß):**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen empfiehlt, Mittel für den Innovationstopf in Höhe von 10.000 € bereitzustellen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen, 3 Enthaltungen**

Damit ist der Antrag abgelehnt.

---

**ZUR KÜRZUNGLISTE DER VERWALTUNG:****a) HHSt. 1.451.7171.7 - Zuschuss an RABAUKE e. V.**

Herr Groß beantragt diese Position wieder dem Ansatz von 2002 anzugleichen.

**b) HHSt. 1.451.7620.4 - Jugendpflegeveranstaltungen**

Dieser Ansatz sollte wieder auf 4.000 € angehoben werden, so Herr Groß.

**c) HHSt. 1.451.7621.2 - Kinderferienaktion - Ferienspaß**

Herr Groß beantragt eine Anhebung dieses Ansatzes auf 17 T€.

**d) HHSt. 1.452.7616.0 - Betreuung ausländischer/deutscher Kinder und Jugendlicher**

Herr Schmidt beantragt die Anhebung auf das Vorjahresniveau.

**e) HHSt. 1.460.7180.5 - Zuschüsse an TOT-Heime**

Auch diese Position sollte wieder auf das Vorjahresniveau angehoben werden, so Herr Groß.

**f) HHSt. 1.470.7187.6 - Zuschuss zu evangelischen und katholischen Beratungsstellen**

Frau Tielsch beantragt die Erhöhung des Ansatzes auf 15.350 €.

**g) HHSt. 1.470.7172.8 - Zuschuss an den Verein Frauen helfen Frauen e. V.**

Der Ansatz ist auf den Vorjahresansatz zu erhöhen, so Herr Groß.

**Beschluss (zu Ziffer a - g):**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen empfiehlt, die von der Verwaltung aufgestellte Kürzungsliste bezüglich der oben angeführten Positionen a) bis g) abzulehnen und auf ihren Vorjahresansatz zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 12 dafür, 3 dagegen (SPD), 0 Enthaltungen**

---

**VERWALTUNGSHAUSHALT****HHSt. 1.455.7174.0 - Zuschuss zum Verein IFPAKE e. V.**

Herr Groß weist darauf hin, dass diese Haushaltsstelle gleichbehandelt werden sollte mit der HHSt. 1.455.7182.0 - Zuschuss zur ärztlichen Beratungsstelle. Dort ist allerdings eine Erhöhung um 2.100 € vorgesehen. Demnach muss auch der Zuschuss an IFPAKE dementsprechend angehoben werden.

**Beschluss (auf Antrag von Herrn Groß):**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.455.7174.0 - Zuschuss zum Verein IFPAKE e. V. um 2.100 € zu erhöhen und damit an den Zuschuss an die ärztlichen Beratungsstellen anzugleichen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen, 1 Enthaltung**

Damit ist der Antrag abgelehnt.

---

**HHSt. 1.458.5620.5 - Aus- und Fortbildung des Personals**

Herr Groß beantragt, den Ansatz auf 5.100 € zu erhöhen.

Herr Schmidt schlägt vor, die Anhebung aus Mitteln der Hilfe zur Erziehung (HHSt. 1.455.7700.4) zu ermöglichen. Dort sind ca. 4 Mio. € angesetzt.

**Beschluss (auf Antrag von Herrn Groß):**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.458.5620.5 - Aus- und Fortbildung des Personals auf 5.100 € zu erhöhen. Eine Deckung erfolgt durch HHSt. 1.455.7700.4 - Hilfen zur Erziehung.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür, 0 Enthaltungen**

---

**VERMÖGENSHAUSHALT und INVESTITIONSPROGRAMM****HHSt. 1.460.9880.0 - Zuschuss für den Bau von Jugendheimen**

Herr Groß erkundigt sich nach den Gründen für die Senkung des Ansatzes.

Herr Schollmeyer führt aus, dass bezüglich der Jugendheime im letzten Jahr keine Mittel abgeflossen sind bzw. die Abrechnung erst in diesem Jahr erfolgt. Dafür würde der jetzige Ansatz allerdings nicht ausreichen.

Herr Reisch weist darauf hin, dass aus dem Jahr 2001 Haushaltsreste in Höhe von 25 T€ übertragen worden sind, die in 2002 nicht verausgabt wurden. Rückschlüsse auf den Bedarf wurden gezogen und der Ansatz reduziert.

Herr Groß bittet die Verwaltung zu prüfen, ob nicht auch für das Jahr 2002 Haushaltsreste gebildet werden können, die die vorausgesagten Kosten decken werden.

---

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen, *unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungen* den Entwurf von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2003 einschließlich des Investitionsprogramms 2002 - 2006 zu beschließen.

**Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 3 dagegen (SPD), 0 Enthaltungen**

**31. JHA 22.01.2003**

**5.1. Maßnahmen und Veranstaltungen 2003 der Jugendpflege und des Kinder- und Jugendschutzes**

Vorlagennr. 2434/2003 - Vorlage vom 07.01.2003

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen stimmt der Durchführung der aufgelisteten Maßnahmen und Veranstaltungen für 2003 vorbehaltlich der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel zu.

Weitere Maßnahmen, die aus aktuellem Anlass erforderlich werden, können innerhalb der jeweiligen Haushaltsansätze zusätzlich durchgeführt werden.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen**

**31. JHA 22.01.2003**

**5.2. EDV-Einsatz in Abt. 5.3 - Soziale Dienste**

Vorlagennr. 2444/2003 - Vorlage vom 08.01.2003

Dieser Punkt wird unter TOP 2 des nichtöffentlichen Teiles beraten.

**31. JHA 22.01.2003**

**5.3. Pflegekinderdienst  
- Entgeltvereinbarung**

Vorlagennr. 2449/2003 - Vorlage vom 09.01.2003

dazu: Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.01.2003

Bezüglich der Anfrage seitens der CDU-Fraktion, weist Herr Fischer darauf hin, dass eine ausführliche Stellungnahme zur Beantwortung vorliegt, die als Anlage beigefügt wird.

Da die Antwort als Basis für die Diskussion dienen kann, beantragt Herr Rujanski, den Punkt in der nächsten Sitzung, wenn sich alle Ausschussmitglieder eingehend mit der Thematik befassen konnten, zu beraten.

Herr Schmidt zeigt auf, dass die Verwaltung zumindest heute schon Stellung nehmen sollte, ob die Entgeltordnung Konsequenzen mit sich bringt und die Verwaltung schon agiert hat.

Die bisherige Vereinbarung wurde zum 31.12.2002 aufgelöst, so Herr Fischer.



Gleichzeitig wurde eine entsprechende Entgeltverordnung abgeschlossen. Der Pflegekinderdienst gehört zu den Pflichtaufgaben der Verwaltung.

In diesem Zusammenhang bittet Herr Löwenberg um eine einheitliche Regelung, welche Verträge mit Wohlfahrtsverbänden im Jugendhilfeausschuss vorab zu beraten sind. Dieser Vertrag ist vom Ausschuss nur zur Kenntnis zu nehmen, obwohl eine offensichtliche Veränderung stattgefunden hat.

Herr Fischer erläutert, dass § 78 KJHG Nr. a) - e) gesetzliche Grundlagen für ein Verwaltungshandeln schafft. Die übrigen Positionen beschreiben zwar auch Pflichtaufgaben, sind aber im Volumen steuerbar und bedürfen einer Beratung im Fachausschuss.

Auch Herr Groß spricht sich für eine Vertagung aus. Dennoch sollte der Jugendhilfeausschuss in diesen Belangen immer gehört werden, auch wenn es sich um Pflichtleistungen handelt.

- ▶ ▶ ▶ Der Jugendhilfeausschuss kommt überein, diese Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

**31. JHA 22.01.2003**

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich Förderung von jungen Menschen  
Bearbeitet von: Monica Massenhove und Heiner Friesenhagen

Datum  
07.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Jugendhilfeausschuss**

**22.01.2003**

---

Betreff:

**Maßnahmen und Veranstaltungen 2003 der Jugendpflege und des Kinder- und Jugendschutzes**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen stimmt der Durchführung der aufgelisteten Maßnahmen und Veranstaltungen für 2003 vorbehaltlich der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel zu.

Weitere Maßnahmen, die aus aktuellem Anlass erforderlich werden, können innerhalb der jeweiligen Haushaltsansätze zusätzlich durchgeführt werden.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Viele Angebote und Aktivitäten der Jugendpflege/.....

## Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
73.250,00 €		37.900,00 €	35.350,00 €	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2003 (Ent- wurf)	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 73.250,00 €	Haushaltsstelle UA 450
-----------------------------------	---	-------------------------------	--	---------------------------

## Im Auftrag

Horst Fischer  
Fachbereichsleiter 5

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich Soziale Dienste  
Bearbeitet von: Herrn Liedtke und Frau Juchems

Datum  
08.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Jugendhilfeausschuss**

**22.01.2003**

---

Betreff:

**EDV-Einsatz in Abt. 5.3 - Soziale Dienste**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt die Ausstattung der Abteilung 5.3. Soziale Dienste mit einer entsprechenden Branchensoftware. Die technische Abstimmung erfolgt mit FB 2/Personal und Organisation. Die erforderlichen Haushaltsmittel von 65.000 Euro werden haushaltsverträglich durch Umschichtungen innerhalb des Fachbereichsbudgets zur Verfügung gestellt (in Abänderung des Beschlusses vom 30.10.2002).

### **Sachverhalt / Begründung:**

Die Abteilung 5.3 – Soziale Dienste ist mittlerweile flächendeckend mit aktueller Hardware und entsprechender Standardsoftware ausgestattet. Allein die notwendige Branchensoftware für diesen Bereich fehlt noch.

## Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
65.000,00 €	abhängig vom i jeweiligen War-			<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

## Im Auftrag

Horst Fischer  
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 1

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich Soziale Dienste  
Bearbeitet von: Frau Agnes Juchems-Voets

Datum  
09.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Jugendhilfeausschuss**

**22.01.2003**

---

Betreff:

**Pflegekinderdienst  
- Entgeltvereinbarung**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt Kenntnis, dass mit den Trägern der freien Jugendhilfe eine Entgeltvereinbarung für den Bereich der Vollzeitpflege abgeschlossen wurde. Die bisher gültige Vereinbarung wird damit abgelöst.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Der Pflegekinderdienst war bisher im Trägerverbund zwischen der Stadt Siegen und den beiden o. g. Trägern der freien Jugendhilfe organisiert.

Der Trägerverbund Pflegekinderdienst ist zum überwiegenden Teil für den Bereich der Vollzeitpflege als Hilfe zur Erziehung gem. § 27 i.V.m. § 33 KJHG und zu einem geringeren Teil für Tagespflege gem. § 23 KJHG zuständig gewesen.

Grundlage der Arbeit war eine gemeinsam entwickelte Konzeption; gemeinsamer Dienstsitz ist das Diakonische Werk, Friedrichstraße 27, Siegen.

Die bisher gültige Vereinbarung sah für die beiden Träger der freien Jugendhilfe eine Personal- und Sachkostenpauschale vor.

Im Rahmen der Reorganisation der Förderstrukturen ist am 17.12.2002 die Entgeltvereinbarung für den Leistungsbereich der Hilfe zur Erziehung gem. § 33 KJHG gemeinsam mit dem Diakonischen Werk und dem Sozialdienst katholischer Frauen abgeschlossen worden.

Auf die Vertragsberatungen wurde bereits im Bericht „Hilfen zur Erziehung“ vom September 2002 hingewiesen: vgl. Vorlage Nr. 2231/2002, Bericht Seite 4 zweiter Absatz.

Nach Auflösung des Trägerverbundes wird zukünftig der Aufgabenbereich: „Förderung von Kindern in Tagespflege gem. § 23 KJHG“ durch die bisher im Pflegekinderdienst tätige städtische Fachkraft im Jugendamt wahrgenommen.

Mit der Entgeltvereinbarung ist die Pauschalfinanzierung durch eine Einzelfallfinanzierung abgelöst worden. Zukünftig erhalten die freien Träger ein Betreuungsentgelt von monatlich 164,05 € pro Fall bei einem Betreuungsschlüssel von 1 : 42 und bei einem Auslastungsgrad von 96 %. Die Geltungsdauer der Entgeltvereinbarung gilt für die Zeit vom 01.01.2003 bis zum 31.12.2003.

Die am 17.12.2002 getroffene Entgeltvereinbarung wird ergänzt durch eine Leistungsbeschreibung, die im Detail noch abzustimmen ist. Mit Unterstützung des Landesjugendamtes Westfalen-Lippe ist im letzten Jahr eine Qualitätsentwicklung begonnen worden, die gute Grundlagen geschaffen hat.

Zur Sicherung der Qualität und Effektivität sowie zur Weiterentwicklung und Optimierung der Arbeit wird zukünftig mindestens jährlich ein Qualitätsdialog zwischen öffentlichem und freien Trägern stattfinden.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
s. Vorlage				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2003	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 198.500 €	Haushaltsstelle 1.455.7181.2 1.455.7690.3
-----------------------------------	---	-------------------------------	---	---

Im Auftrag

Horst Fischer  
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 0